



Der öffentliche Raum ist für alle da

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 gemäß § 19 Abs. 5 GO-BV den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält daran fest, dass der öffentliche Raum für alle da ist. Wir streben eine Gestaltung und Nutzungsmöglichkeit des öffentlichen Raums an, die ihn allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugänglich macht. Zugang zum öffentlichen Raum bedeutet Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe – einem menschlichen Grundbedürfnis. In Mariahilf soll niemand zurückgelassen und von diesem Grundbedürfnis ausgeschlossen werden.

Begründung

Obdach- und wohnungslose Menschen sind eine der am stärksten von gesellschaftlichem Ausschluss betroffenen Bevölkerungsgruppen. Gerade in den letzten Wochen wurde ihr in Wien vermehrt mit Missachtung, Ausgrenzung und zum Teil sogar tödlicher Gewalt begegnet.

Für die Bezirksvertretung Mariahilf ist klar: Wir bekämpfen die Obdachlosigkeit, nicht die Obdachlosen. Wir bekämpfen die Armut, nicht die Armen.

Unsere Solidarität gilt jenen, die sich gezwungen sehen, unseren öffentlichen Raum als Schlafplatz zu nutzen. Obdachlosigkeit ist keine Straftat und keine Ordnungswidrigkeit – der öffentliche Raum gehört allen. Dazu gehört, dass es professionelle Angebote hinsichtlich Beratung und Aufenthalt zur Tages- und Nachtzeit für wohnungslose Menschen geben muss. Und dazu gehören langfristige Maßnahmen, die allen wohnungslosen Menschen eine Chance geben, wieder selbstständig in den eigenen vier Wänden ihr Leben in die Hand zu nehmen.

Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt daher die Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe und die zahlreichen sozialen Initiativen und spricht sich für ihren Ausbau und ihre Verbesserung insbesondere für alle Zielgruppen aus.



Als Bezirksvertretung Mariahilf distanzieren wir uns deutlich von all jenen, die hier aus Sozialpolitik Ordnungspolitik machen wollen. Unser Ziel muss sein, langfristige und strukturelle Lösungen wie z.B. „Housing First“ weiter voranzutreiben, um Wohnungslosigkeit dauerhaft zu beenden. Der Schlüssel dazu ist ein inklusiver Wohnungsmarkt, der für alle leistbare Wohnungen anbietet. Weiters befürworten wir die Schaffung eines Sozialausgleichs auf europäischer Ebene, um obdach- und wohnungslosen Menschen würdevolle und nachhaltige Unterstützung und Perspektiven zu bieten.

Paul Stein